



## Pressemitteilung

### **Aktive aus der Friedensbewegung bekräftigen die Notwendigkeit ihres Aufrufes an die Partei die LINKE**

**Berlin/Bremen. Nach dem kürzlichen Interview des Fraktionsvorsitzenden der Partei Die Linke, Dietmar Bartsch, im Deutschlandfunk zu außen- und verteidigungspolitischen Fragen haben Aktive aus der deutschen Friedensbewegung einen Aufruf an die Partei initiiert, den innerhalb kurzer Zeit bereits zahlreiche Menschen unterzeichnet haben.**

Auch Gregor Gysi fordert nun in seinem Interview mit der FR vom 28.8. einen außenpolitischen Kurswechsel der Partei die LINKE. Die LINKE fordert im Erfurter Programm, dass die Bundeswehr "aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt" wird. Wenn Gregor Gysi in diesem Zusammenhang von Kompromissfähigkeit spricht, dann verabschiedet er sich nach Dietmar Bartsch von der konsequenten Friedensprogrammatische seiner Partei.

Die Interventionspolitik der Nato, an der sich die Bundeswehr beteiligt, haben eine ganze Weltregion destabilisiert und ungezähltes Leid für die Menschen mit sich gebracht.

Die Nato ist für die häufigsten und massivsten Völkerrechtsverstöße seit dem Ende des Kalten Krieges verantwortlich. Gregor Gysi formuliert die Hoffnung, Deutschland könne als Nato-Mitglied "zum Hauptvermittler" werden. Konsequente Friedenspolitik benennt die Gefährlichkeit der Nato, deren Kriege einer internationalen Friedensordnung unter Beachtung des Völkerrechts und der Bedeutung der UNO für eine Konfliktregelung durch Verhandlungen statt durch Abschreckung entgegensteht.

Wenn Gregor Gysi dies nicht anspricht, dann wird die 'Aufbruchstimmung', die er einfordert, ein friedenspolitischer Offenbarungseid, der die Kräfte des Friedens in und außerhalb seiner Partei in größte Sorgen versetzt.

Wir sehen uns durch die Aussagen von Gregor Gysi darin bestätigt, verstärkt um weitere Unterstützung für unseren Appell an die Partei Die LINKE. zu werben, da nur durch Beibehaltung der bisherigen programmatischen Positionen der Partei in der Außenpolitik ein notwendiger, friedenspolitischer Politikwechsel erzwungen werden kann.

Der Appell kann weiterhin auf der Webseite [www.frieden-links.de](http://www.frieden-links.de) unterzeichnet werden.

#### **Die acht Initiator\*innen des Aufrufs sind:**

**Reiner Braun**, Berlin, International Peace Bureau, Kampagne Stopp Air Base Ramstein | **Kristine Karch**, Düsseldorf, Co-Sprecherin des internationalen Netzwerkes 'No to war-no to NATO' | **Eckehard Lentz**, Bremen, Sprecher Bremer Friedensforum | **Pascal Luig**, Berlin, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. (NatWiss) | **Willi van Ooyen**, Frankfurt/M. Aktivist der Friedens- und Sozialforumsbewegung, Bundesausschuss Friedensratschlag, Ostermarschbüro | **Karl Heinz Peil**, Frankfurt/M. Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., verantwortlicher Redakteur des 'Friedensjournal' | **Prof. Dr. Werner Ruf**, Edermünde, Kasseler Friedensforum | **Bernhard Trautvetter**, Essen, Mitbegründer Netzwerk Schule ohne Bundeswehr NRW, Sprecher Essener Friedensforum, VVN-BdA.